

Wertwandel und Protestwahlverhalten am Beispiel potentieller Wähler Grüner Listen

Rönsch, Horst-Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rönsch, H.-D. (1979). Wertwandel und Protestwahlverhalten am Beispiel potentieller Wähler Grüner Listen. In R. Mackensen, & F. Sagebiel (Hrsg.), *Soziologische Analysen: Referate aus den Veranstaltungen der Sektionen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der ad-hoc-Gruppen beim 19. Deutschen Soziologentag (Berlin, 17.-20. April 1979)* (S. 681-694). Berlin: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135782>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wertwandel und Protestwahlverhalten am Beispiel potentialer Wähler Grüner Listen

Horst-Dieter Rönsch

1. Das Problem

Die Wahlerfolge der Grünen Listen (im folgenden als Sammelbegriff auch für Alternative und Bunte Listen gebraucht) sind auf der einen Seite für das politische Establishment mit den negativen Assoziationen belastet, die auch in der neueren Fachliteratur mit dem Begriff "Protest" einhergehen, wie etwa Staatsverdrossenheit, Unregierbarkeit, Fundamentalkonflikt oder gar Terrorismus-Umfeld. Auf der anderen Seite knüpfen sich an das neuerdings wieder im Wahlverhalten sichtbare Mißvergnügen an den Parteien Hoffnungen, die bereits angesichts der Bürgerinitiativbewegung geäußert wurden: daß der Linken durch Basis-Mobilisierung das Verlassen des Zwei-Prozent-Ghettos gelingen könnte. Abgesehen von den Aspekten der Auswirkungen auf das politische System und der Verortung auf der Links-Rechts-Dimension ist in der öffentlichen Debatte besondere Betonung auf die neuen Inhalte des Protests der Grünen Listen gelegt worden, die erheblich von den herrschenden Wertvorstellungen über die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft abweichen, ohne dabei eindeutig mit einem Extrem der herrschenden Wertdimension in Verbindung zu kommen. Grüne Listen gewinnen somit Indikator-Funktionen für einen säkularen Prozeß des Wertwandels, für den zwar bereits einige Begriffe bereitstehen (Postmaterialismus), dessen Richtung und Folgen allerdings auch deshalb im Dunkel liegen, weil bisher kaum bekannt ist, wie Programme und Ideologien der ökologischen Bewegung mit den Wertvorstellungen und der Protestposition der von ihr mobilisierbaren Anhängerschaft zusammenhängen. Einige Strukturen dieser Zusammenhänge sollen in den folgenden - kursorischen - Ausführungen herausgearbeitet werden.

Eine gewisse Hilfestellung dabei bieten die bisherigen Erkenntnisse der Wahl- und Umfrageforschung über die Anhänger Grüner Listen: ¹

- Unter den Anhängern Grüner Listen ist die jüngere Generation weit überdurchschnittlich vertreten.
- Es besteht zumindest ein schwacher positiver Zusammenhang mit dem Bildungsgrad der Befragten.
 - Die Anhänger Grüner Listen - wenngleich in geringerem Maße als die Mitglieder von Bürgerinitiativen - gehören eher der neuen Mittelschicht an.
 - Daher zeigen alle bisherigen Wahlergebnisse unterdurchschnittliche Erfolge der Grünen Listen in Stimmbezirken mit besonders hohem Arbeiteranteil.
 - Andererseits neigen Randwähler der Koalition, also eher Vertreter der linken Seite des politischen Spektrums, etwas stärker zu den Grünen Listen, als Randwähler der Union.
 - Die Stärke des politischen Interesses hat keinen direkten Einfluß auf die Bereitschaft, unter Umständen einmal Grüne Listen zu wählen.

2. Fragestellung der Untersuchung

Gerade die Verbindung von politischem Protest, dessen o.a. Charakteristika offensichtlich von denen bisheriger politischer Protestbewegungen abweichen, mit neuen politischen Inhalten, die quer zur Hauptströmung wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Wertvorstellungen liegen, läßt sich offensichtlich auch mit einem Wandel von Legitimitätsgrundlagen in Beziehung setzen. Wenngleich der kürzlichen Legitimitätsdiskussion mangels empirischer Fundierung für diese Untersuchung nur begriffliche Aspekte abzugewinnen sind, so lassen sich doch zumindest bei Zugrundelegung eines substantiell-empirischen Legitimitätsbegriffs, der sich von den soziologisch unfruchtbaren normativen Konzepten ebenso löst, wie von den Spielarten des prozeduralen Typus (von Max Weber bis Luhmann), als Objekte des jeweiligen Legitimitätsglaubens vor allem die Inhalte und Träger von Politik festhalten.² Analog liegt es nahe, auch den poli-

tischen Protest nach seiner Problembezogenheit und der Adressatenbezogenheit andererseits zu differenzieren. Vor allem an der Bewertung von Inhalten wiederum lassen sich nicht nur eine mehr oder weniger große Unzufriedenheit und damit Protestdisposition feststellen, sondern auch, wie Inglehart gezeigt hat, differierende Wertorientierungen.

Daher soll im folgenden untersucht werden, inwiefern sich aus den Mustern der Unzufriedenheit mit einer Reihe vorgegebener politischer Probleme Hinweise auf den genaueren Charakter der Abhängigkeit der Sympathie für Grüne Listen vom Wertwandel etwa im Inglehartschen Sinne ergeben.³

Darüberhinaus wird eine Operationalisierung des politischen Protests der Anhänger Grüner Listen anhand der Differenziertheit bzw. Generalisierung der Unzufriedenheit mit politischen "issues" (problembezogene Protestdimension) und derjenigen mit politischen Akteuren bzw. Aspekten des politischen Systems (adressatenbezogene Protestdimension) versucht.

Schließlich ist anhand von Wahlergebnissen der Grünen Listen zu prüfen, ob sich außer den bekannten Hochburgen wie etwa Gorleben (aber nicht Biblis!) oder studentisch geprägten Wohnbezirken in den Großstädten räumliche "Protest-Muster" anhand von Stimmenanteilen sowie soziostrukturellen Merkmalen der Wahlgebiete identifizieren lassen. Da hierbei stärker als in den vorliegenden Umfrageergebnissen sowohl Traditionen (der Betroffenheit oder des Protests) als auch räumliche Milieus erfaßbar sind, ergeben sich Hinweise auf Überlagerungseffekte aus anderen Protesttraditionen sowie auf die Richtung einer etwaigen Mobilisierbarkeit insbesondere von Neuwählern.

Datengrundlagen sind einerseits ausgewählte Stimmbezirkswahlergebnisse aus Kommunal- und Landtagswahlen, andererseits zwei von EMNID durchgeführte Umfragen vom Juni (im Auftrage des SPIEGEL) und Oktober 1978. Bei gleicher Frageformulierung über Grüne Listen wurden jeweils eine Reihe von Einstellungen zu unterschiedlichen politischen Problemen und zum politischen System erfragt.⁴ Um hier

Protestdisposition und Wertwandelpotential zusammensehen zu können, werden die Gruppen der sicheren und der potentiellen Wähler der Grünen Listen zusammengefaßt. Da ohnehin deutlich ist, daß es sich bei Anhängern Grüner Listen nicht um Träger eines herkömmlichen Protesttyps handelt, werden nicht Vertreter politischer Anomie zu Vergleichszwecken herangezogen,⁵ sondern die etwa gleich große Kontrastgruppe der Gegner Grüner Listen, was die ideologisch-inhaltliche Komponente des Protests besser zu berücksichtigen erlaubt.

3. Ergebnisse

Tabelle 1 enthält den Ausschnitt aus den in der EMNID-Umfrage vom Oktober 1978 erfaßten politischen Problemen, der den von Inglehart 1973 (ohne befriedigenden Erfolg) zur Erweiterung seinen Materialismus-Postmaterialismus-Indexes herangezogenen Items entspricht.⁶ Hinzugefügt wurden die Probleme Wissenschaftsförderung und Sicherung der Energieversorgung, weil für sie ein Zusammenhang mit dem "Grünen Syndrom" vermutet wurde. Im Unterschied zu Inglehart wurde allerdings nicht nach der Wichtigkeit, sondern nach der Zufriedenheit mit der Bewältigung bestimmter Problembereiche gefragt.

Trotz dieser Akzentverschiebung wird das Materialismus-Postmaterialismus-Muster mit gewissen Einschränkungen reproduziert. Vor allem bezüglich der vier ursprünglich von Inglehart herangezogenen Items (Ruhe und Ordnung, Mitsprache bei Regierungsentscheidungen, Kampf gegen steigende Preise, freie Meinungsäußerung) zeigt sich erwartungsgemäß, daß die Anhänger Grüner Listen mit den Items besonders unzufrieden sind, denen von Postmaterialisten besondere Priorität beigemessen wird (Mitsprache und Meinungsäußerung). Ebenso wenig überraschend ist es, daß die Unzufriedenheit mit der Bewältigung des Problems von Ruhe und Ordnung nicht größer ist als in den beiden Vergleichsgruppen. Aus dem Rahmen fällt lediglich

die geringe Zufriedenheit und etwas deutlichere Unzufriedenheit mit den Preisen. Auch in bezug auf andere Items ergibt sich, wenngleich weniger ausgeprägt, dasselbe Bild: gleiche oder etwas höhere Zufriedenheit bei materialistischen Items (Verteidigung, Wirtschaftswachstum), größere Unzufriedenheit bei postmaterialistischen Items (Verschönerung, humane Gesellschaft usw.). Obwohl der Interpretation durch die Beschränktheit einer Kreuztabellierung und wegen der Ambivalenz von "Zufriedenheit" (sowohl im Verhältnis zum Unterschied von Zustand und Veränderung als auch zu deren Wichtigkeit) Grenzen gezogen sind, kann doch festgehalten werden, daß die Anhänger Grüner Listen sich von den Vergleichsgruppen (ähnlich wie die Postmaterialisten in Ingleharts Analysen) durch die größere Betonung von partizipationsbezogenen Items auszeichnen, weniger hingegen durch deutlich differierende Meinungen zu Problemen wie Energieversorgung, wissenschaftlicher Fortschritt oder (nicht in dieser Tabelle enthalten) Arbeitslosigkeit, Drogenmißbrauch o.ä.

Ob die Unschärfe hinsichtlich der Materialismus-Postmaterialismus-Dimension durch die besondere Frageformulierung oder die strukturelle Zusammensetzung der Anhängerschaft Grüner Listen hervorgerufen wird, oder ob sich dahinter Störeinflüsse der Links-Rechts-Dimension oder weiterer Wertdimensionen verbergen, kann hier nicht beantwortet werden. Größere Klarheit läßt sich jedoch in der Frage gewinnen, ob die größere Unzufriedenheit mit Partizipationsmöglichkeiten eine Abweichung vom Trend der letzten zwanzig Jahre darstellt, in denen sich die Bedeutung der konkrete Betroffenheit auslösenden Politikinhalt für die politische Wahrnehmung der Wähler verstärkt hat,⁷ oder ob sich darin wachsendes Interesse an noch konkreteren, durch Mitwirkung beeinflussbaren politischen Inhalten anzeigt: Größere Unzufriedenheit müßte sich dann überwiegend auf die problembezogenen Protestdimensionen beschränken, im ersteren Fall würde aus einem prozeduralen Legitimationsverständnis heraus der Akzent auch auf der adressatenbezogenen Protestdimension liegen.

Was die erwähnte erste, problembezogene Protestdimension betrifft, so zeigt die Tabelle 1 (ebenso wie die hier nicht wiedergegebenen Verteilungen für eine Reihe anderer politischer Probleme), daß die Anhänger der Grünen Listen mit der Lösung der meisten Probleme unzufriedener als ihre Kontrastgruppe und (in geringerem Maße) als der Durchschnitt der Befragten ist, doch ist die Unzufriedenheit nicht generalisiert, sondern gilt einer bestimmten Konfiguration von Fragen. Bei einigen Items weisen die Anhänger Grüner Listen sogar größere Zufriedenheit und geringere Unzufriedenheit auf als die beiden Vergleichsgruppen. Von den Hauptstreitpunkten der deutschen Innenpolitik wird lediglich die Bekämpfung von Preissteigerungen deutlich negativer bewertet; von den anderen (hier nicht aufgeführten) von der deutschen Wahlforschung seit Jahren abgefragten Items gilt dies lediglich für das Problem der Sauberkeit im Staat.⁸

Betrachtet man diesen Befund formal - und sieht von der sich hier anbietenden Differenzierung der Items nach valence oder positional issues bzw. policy bzw. goal defined issues ab - läßt sich für die Anhänger Grüner Listen auf der ersten hier postulierten Protestdimension ein deutlich differenzierter Problembezug feststellen.

Anders sieht es mit der Einstellung gegenüber politischen Akteuren bzw. Aspekten des politischen Systems aus. Abgesehen von der schlechteren Bewertung von Unions-Spitzenpolitikern durch die Anhänger Grüner Listen ergeben sich kaum Unterschiede (Tabelle 2). Obwohl dies nicht ohne weiteres zu dem Bild von potentiellen Protestwählern paßt, konnte - schon wegen der Bildungs-Abhängigkeit der Sympathie für Grüne Listen - erwartet werden, daß auch Werte für Items, die politische Anomie messen ("no care", "no difference", "complex"), nicht weit von denen der Vergleichsgruppen entfernt liegen. (Lediglich auf die Frage nach der Veränderungswürdigkeit des gesellschaftlichen status quo gibt es eine erhebliche Abweichung, was hier allerdings eher im Zusammenhang mit der etwas größeren

Unzufriedenheit in bezug auf politische Probleme gesehen werden muß.)

Daraus ergibt sich, daß die zweite hier postulierte, auf das politische System bezogene Protestdimension für die Anhänger Grüner Listen nur einen geringen Adressatenbezug aufweist.

Versucht man, sich von der statischen Betrachtungsweise zu lösen und die Affinität zu den beiden Protestdimensionen in ein Verlaufsmodell des Protestverhaltens einzuordnen, so könnte man folgenden typischen Verlauf postulieren:

- Sensibilisierungsphase: spezifischer Problembezug bei diffusem Adressatenbezug.
- Artikulationsphase: spezifischer Problembezug bei spezifischem Adressatenbezug.
- Ideologisierungsphase: generalisierter Problembezug bei spezifischem Adressatenbezug.
- Anomiephase: generalisierter Problembezug bei generalisiertem Adressatenbezug.

Danach befinden sich die Anhänger Grüner Listen zweifellos in der ersten Phase des Protests, während der engere Kreis der Wähler Grüner Listen im Sinne des Ablaufschemas deshalb protestaffiner ist, weil er bei gleich strukturiertem Problembezug auf der adressatenbezogenen Protestdimension deutlich negativere Werte aufweist.

Inwieweit mit diesen Ergebnissen bereits eine Entwicklung bezeichnet ist, läßt sich ohne zusätzliche Erhebung nicht entscheiden. Gewisse Aufschlüsse können jedoch von der Betrachtung der räumlichen Strukturen der Wahlerfolge Grüner Listen erwartet werden.

Um die wahlökologisch gefaßte Protestaffinität der Wähler Grüner Listen zu ermitteln, wurde unter Zugrundelegung von Stimmbezirksergebnissen für ausgewählte Wahlgebiete untersucht, welche relativen Auswirkungen die bisherigen Wahlergebnisse auf die Höhe der Stimmenanteile der Grünen

Listen hatten. Dabei wurden in getrennten Regressionsanalysen auf der einen Seite die Veränderungsraten der Anteile der drei Bundestagsparteien, auf der anderen Seite die Veränderungsraten der Anteile von Proteststimmen (Nichtwähler, ungültige Stimmen, Wähler randständiger Parteien) als unabhängige Variablen genommen.⁹ Den ersten Analysen ließ sich entnehmen, daß Wähler Grüner Listen aus zwei unterschiedlichen "Milieus" stammen. Dabei ist es nicht überraschend, daß angesichts der weitgehenden Mobilisierung der bundesdeutschen Wähler das "konventionelle Milieu", wie es durch die Dominanz der Einflüsse der Bundestagsparteien definierbar ist, eine größere Rolle spielt als das "Protest-Milieu", in dem die Wählerbewegungen zu den Grünen Listen eher von bisherigen Protestwählern ausgingen. Zur Herausarbeitung der Konturen der beiden Milieus erwies es sich als sinnvoll, eine Aufteilung in "rechte" (überdurchschnittlicher CDU-Anteil) und "linke" (unterdurchschnittlicher CDU-Anteil) Wahlgebiete vorzunehmen. Dadurch läßt sich für jede Gebietseinheit ein konventionelles und ein stärker protestgeprägtes Milieu erkennen, die z.T. in Abhängigkeit vom Stadt-Land-Gegensatz in unterschiedlicher Weise den CDU-Hochburgen und -Randgebieten zugeordnet sind. Die in Tabelle 3 enthaltenen Ergebnisse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die Wähler (und darin eingeschlossen vor allem auch die Neuwähler) Grüner Parteien stammen überwiegend aus dem Milieu der etablierten Parteien und nur in relativ geringem Maße aus dem bisherigen Protestwählerbereich.
- Nur in einem Teil der betrachteten Fälle finden überhaupt in nennenswertem Umfang Wählerbewegungen aus dem Protestbereich zu den Grünen Listen hin statt.
- Auch für diese Fälle gibt es kein durchgängiges Muster, das für alle betrachteten Wahlen Hinweise darauf erlaubt, welche Art bisherigen Protestwählens in be-

stimmten räumlichen Einheiten zu überdurchschnittlichen Anteilen für die Grünen Listen führt.

- Was die häufig diskutierte Links-Tendenz der Grünen Listen angeht, sind lediglich in den CDU-Hochburgen der städtischen Wahlgebiete Wählerbewegungen von den kommunistischen Parteien zu den Grünen hin zu vermuten.
- Das schließt nicht aus, daß in bisherigen kommunistischen Hochburgen, aber ohne einen entsprechenden Wanderungseffekt, sich besonders viele Grüne Wähler finden.

Versucht man den Grünen Protest weiter zu strukturieren, so bietet sich ausgehend von der Unterscheidung nach relativer Dominanz des konventionellen oder des Protest-Milieus als zusätzliches Kriterium an, ob in dem jeweiligen Wahlgebiet eher ein apathischer (Nichtwähler) oder ein engagierter Protest (ungültige Stimmen, randständige Parteien) dominierte.

In diesem Sinne gelangt man zu vier Bereichen (konventionell-engagiert, konventionell-apatthisch, systemoppositionell-apatthisch, systemoppositionell-engagiert), für die bei der hier gegebenen begrenzten Zahl von Beispielen nur unter Vorbehalt geäußert werden kann, daß sich die Wähler Grüner Listen weit häufiger in den "engagierten" Bereichen finden, als in den "apatthischen", daß sich aber "konventionelle" und "systemoppositionelle" Bereiche die Waage halten.

Einige Befunde scheinen mit den Ergebnissen der Umfragen zu konvergieren, so etwa das Vorherrschen "engagierter" Milieus und der Akzent auf der Unzufriedenheit mit Partizipationsmöglichkeiten, ebenso die Herkunft großer Teile der "grünen" Wähler aus dem konventionellen Milieu und die geringe Adressatenbezogenheit der Unzufriedenheit.

Der Rückweg zu den Parteien scheint also dann offen zu sein, wenn diese nicht nur die Umweltproblematik aufnehmen, sondern vor allem im kommunalen Bereich partizipationshemmende Verkrustungen abbauen.

Auf der anderen Seite dürfte die Heterogenität des Protest-

Milieus ebenso wie das geringe Ausmaß politischer Anomie eine Wende großer Teile der ökologischen Bewegung zu einem systemoppositionellen Kurs im Sinne bisheriger extremer Formationen unwahrscheinlich machen.

Dem stünde auch die sozialökonomische Verankerung der Grünen Listen im Dienstleistungsbereich (mit dem die Anteile Grüner Listen mit die höchsten Korrelationen aufweisen) entgegen. Allerdings sind für diesen Bereich durch den Absetzungsprozeß sowohl vom herrschenden Wertmuster, als auch vom dominierenden Legitimitätsverständnis nicht nur Konflikte mit dem Staat, sondern auch mit anderen gesellschaftlichen Schichten zu erwarten - vor allem dann, wenn bemerkt wird, daß es gerade die Betreuer sind, die sich nicht länger betreuen lassen wollen.

4. Anmerkungen

- 1 So vor allem die Angaben bei: Rudolf Wildenmann, Protestpotential, Capital 1978, Heft 8, S. 125.
- 2 Vgl. O. Rammstedt/H.D. Rönsch, Darstellung und Kritik der gegenwärtigen Legitimationsforschung, in: O. Rammstedt (Hg.), Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Villingen 1977.
- 3 Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Princeton 1977.
- 4 Für die Erlaubnis zur Benutzung der Datensätze sei an dieser Stelle vielmals gedankt.
Die Antwortvorgaben zur Einstellung gegenüber der Grünen Liste Umweltschutz lauteten "Lehne ich ab" (Juni 23,5 %; Oktober 24,7 %), "Ist mir egal" (18,2%; 30,2%), "Finde ich gut, würde aber nicht wählen" (32,7%; 24,6%), "Würde ich vielleicht wählen" (20,7%; 15,3%), "Würde ich wählen" (4,9%; 5,2%)
- 5 Vgl. dazu etwa vom Verf., Die hessische Landtagswahl vom 8.10.1978: Beginn eines neuen Trends?, Zeitschrift für Parlamentsfragen 10, 1979, 34-49.
- 6 Inglehart, a.a.O., S. 40 ff.
- 7 Vgl. H.D. Klingemann, Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung, PVS 14, 1973, 227-256.
- 8 Sie entsprechen weitgehend den bei Klingemann aufgeführten Items.
- 9 Die Prozentuierung erfolgte auf der Grundlage der Wahlberechtigten; die Verteilung der Briefwahlstimmen wurde geschätzt. Einzelheiten in dem Beitrag des Verf., Grüne Listen - Vorläufer oder Katalysatoren einer neuen Protestpartei? in: O. Rammstedt (Hg.), Bürgerinitiativen und gesellschaftliche Großgruppen. Villingen, im Erscheinen.

Tabelle 1

Zufriedenheit mit der Bewältigung politischer Probleme
(Emnid-Umfrage Oktober 1978)

	Anhänger Grüner Listen zufr. unent- unzu- sch. fr.	Gegner Grüner Listen zufr. unent- unzu- sch. fr.	Befragte insgesamt zufr. unent- unzu- sch. fr.						
Wirtschaftliches Wachstum	57,5	26,5	16,0	57,6	24,6	17,9	59,8	25,5	14,8
Verteidigung	46,0	33,0	21,0	41,4	20,5	38,1	42,7	31,1	26,3
Mitsprache am Arbeitsplatz und in der Gemeinde	39,5	25,0	35,5	51,1	28,5	20,5	48,7	27,8	23,5
Verschönerung unserer Städte und ländlichen Gebiete	59,0	16,0	25,0	64,8	17,4	17,8	65,7	18,4	15,8
Ruhe und Ordnung	54,5	25,0	20,5	58,8	17,0	24,2	58,9	21,9	19,2
Mitsprache bei Regierungs- entscheidungen	30,5	26,4	43,0	43,7	26,3	30,1	40,4	26,6	33,0
Kampf gegen steigende Preise	41,5	22,0	36,5	54,1	14,9	31,0	46,7	20,8	32,5
Freie Meinungsäußerung	58,0	19,0	23,0	72,8	10,6	16,5	67,2	16,8	16,0
Stabile Wirtschaft	55,7	24,4	19,9	61,7	18,3	20,0	58,9	23,5	17,6
Humane Gesellschaft	42,5	26,0	31,5	46,6	26,7	26,7	45,4	28,8	25,8
Gesellschaft, in der Ideen mehr zählen als Geld	44,0	23,0	33,0	43,5	28,9	27,5	42,8	29,9	27,3
Verbrechensbekämpfung	39,0	21,5	39,5	44,7	17,0	38,2	41,0	20,4	38,6
Sicherung der Energie- versorgung	56,5	20,0	23,5	53,6	18,1	28,3	55,7	20,4	24,0
Förderung des wissenschaft- lichen Fortschritts	55,2	25,4	19,4	59,6	17,9	22,6	60,7	22,2	17,1

Tabelle 2

Einstellungen zum politischen System

	Anhänger Grüner Listen		Gegner Grüner Listen		Befragte insgesamt
	Zustimmung	Ab- lehnung	Zustimmung	Ab- lehnung	
Zufrieden mit					
- Parteiensystem ^a im ganzen	68,4	31,6	72,7	27,3	71,1 28,9
- Regierung ^a in Bonn	67,3	32,7	69,5	30,5	66,4 33,6
- Schmidt als Bundes- kanzler ^b	74,1	25,9	74,0	26,0	75,0 25,0
- Spitzenpolitikern ^b der CDU/CSU	51,5	48,5	58,3	41,7	55,1 44,9
- Spitzenpolitikern ^b der SPD	68,0	32,0	62,2	37,8	67,5 32,5
- Spitzenpolitikern ^b der FDP	60,0	40,0	58,2	41,7	61,0 39,0
Politiker kümmern sich ^a nicht um kleinen Mann	75,7	24,3	80,1	19,9	74,3 25,7
Parteien unterscheiden ^a sich kaum	52,7	47,3	52,6	47,4	49,1 50,9
Politik ist mir zu ^a kompliziert	45,2	54,8	45,8	54,2	46,2 53,8
Gesellschaft im großen ^a und ganzen in Ordnung	50,8	49,2	78,8	21,2	64,2 35,8

^a Emnid-Umfrage Juni 1978 (im Auftrage des Spiegel); ^b Emnid-Umfrage Oktober 1978

Tabelle 3

Zusammenhang zwischen Stimmenanteilen Grüner Parteien und Stimmenveränderungen bei Bundestagsparteien und Protestindikatoren, differenziert nach CDU-Hochburgen und CDU-Randgebieten (Regressionskoeffizienten)

	Veränderung der Bundestagsparteien gegenüber der vorangegangenen Wahl				Veränderung der Protest-Indikatoren gegenüber der vorangegangenen Wahl				R
	Beta-Werte		R		Beta-Werte				
	CDU	SPD	FDP		Nichtwähler	ung. St.	K-Parteien	Sonstige	
Darmstadt Kommunalwahlen 77									
CDU-Hochburgen	-.53	-.27	-.73	.80	-.07	-.22	-.19	-	.31
CDU-Randgebiete	-.57	-.95	-.41	.64	.08	-.54	.19	-	.58
Nordfriesland Kommunalwahlen 78									
CDU-Hochburgen	-.38	-.14	-.20	.40	-.02	-.08	-	-.01	.09
CDU-Randgebiete	-.68	-.39	-.29	.81	.19	.89	-	-.12	.83
Steinburg Kommunalwahlen 78									
CDU-Hochburgen	-.69	-.44	-.39	.64	-.45	.12	.06	-	.50
CDU-Randgebiete	-.65	-.47	-.49	.79	.00	-.15	-.10	-	.12
Hameln Landtagswahlen 78									
CDU-Hochburgen	-.01	-.17	.47	.54	-.42	-.39	.25	-.14	.52
CDU-Randgebiete	-.08	-.46	-.10	.42	-.03	.15	.19	.10	.24
Osnabrück Landtagswahlen 78									
CDU-Hochburgen	-.07	-.40	-.33	.41	-.04	.29	-.11	.06	.32
CDU-Randgebiete	-.39	-.26	-.11	.38	-.26	-.45	.11	.24	.53
Darmstadt Landtagswahlen 78									
GAZ-Anteile									
CDU-Hochburgen	-.09	.07	.11	.17	-.19	.14	-.16	.24	.41
CDU-Randgebiete	-.21	-.45	-.02	.42	.12	-.05	.07	.25	.29
GLH-Anteile									
CDU-Hochburgen	-.47	-.03	.03	.47	.18	.02	-.16	.07	.25
CDU-Randgebiete	-.30	-.26	-.21	.33	-.15	-.18	.00	.18	.26
Hamburg Bürgerschaftswahlen 78									
GLU-Anteile									
CDU-Hochburgen	.29	-.10	-.26	.48	-.41	.28	-.30	.12	.49
CDU-Randgebiete	.02	.09	-.38	.45	-.23	.18	.06	-.05	.31
BL-Anteile									
CDU-Hochburgen	-.45	-.57	-.23	.60	.00	.12	-.26	-.08	.30
CDU-Randgebiete	-.59	-.34	.07	.62	-.30	-.13	.07	-.30	.42